

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Antworten an Erhard

Die alarmierende Fernsehrede *Erhards* (unser Schweizer Mitarbeiter Dr. *Manfred Kuhn* spricht in diesem Zusammenhang im *Tages-Anzeiger* Zürich, Nr. 83 vom 7. 4. 1962, von beginnender „Telekratie“, d. h. Herrschaft durch den Bildschirm .. .) hat eine Fülle von Gegendarstellungen hervorgerufen, von denen wir nur wenige zitieren können. Besonders gründlich setzt sich Dr. *Herbert Ehrenberg* im *Vorwärts* (Nr. 14 vom 4. 4. 1962)

mit Erhard auseinander; wir geben einige Abschnitte seines Aufsatzes im Wortlaut wieder:

„Dank unserer wenig publizitätsfreudigen Wirtschaft und einer lückenhaften wirtschaftlichen Gesetzgebung ist es der amtlichen Statistik nicht möglich, das durchschnittliche Unternehmereinkommen anzugeben. Das Einkommen der Unselbständigen ist dagegen restlos erfaßbar, und man darf doch wohl annehmen, daß dem Bundeswirtschaftsminister das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeitnehmer bei seiner Attacke gegen die ‚überhöhten Löhne‘ bekannt gewesen ist. Es betrug nach den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1961 465 DM monatlich. Bei dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß es sich um eine Durchschnittszahl aus fast 21 Millionen Arbeitnehmereinkommen handelt, d. h. daß mindestens zehn Millionen Arbeitnehmer einen ‚überhöhten Lohn‘ erhalten, der *unter* 465 DM netto monatlich liegt.

Die gewerkschaftlichen Bemühungen um die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer haben es nach zehnjährigen Anstrengungen erreicht, den Anteil am Volkseinkommen endlich von der ominösen Grenze von 60 vH um zwei Punkte zu entfernen. Das durchschnittliche Einkommen der Arbeitnehmer liegt trotzdem im Jahre 1961 auf einem in keiner Weise der technischen Entwicklung in der Bundesrepublik entsprechenden niedrigen Niveau. Denn: Von 1950 bis 1960 hat sich die Zahl der Arbeitnehmer um fast sieben Millionen erhöht, die der selbständigen Existenzen um gut 400 000 verringert. Trotzdem ist die Verteilung des Volkseinkommens zwischen diesen beiden Gruppen während der zehn Jahre so gut wie konstant geblieben. Gibt es einen besseren Beweis für die zunehmende Einkommens- und Vermögenskonzentration in der Bundesrepublik, die der Bundeswirtschaftsminister nicht wahrhaben will?

Erst 1961 ist es auf Grund der restlosen Ausschöpfung des Arbeitsmarktes den Gewerkschaften gelungen, jene verhängnisvolle Konstanz ein wenig zu durchbrechen und damit hoffentlich eine Entwicklung einzuleiten, die endlich auch die Arbeitnehmer an den Ergebnissen der immer stärker werdenden Industrialisierung teilhaben läßt. Nirgendwo ist bisher bewiesen worden, daß nur bei jenen ominösen 60 vH Arbeitnehmeranteil das Heil der wirtschaftlichen Entwicklung liegt. Im Jahre 1895 lag in Deutschland der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen noch bei 38,6 vH, 1913 bei 46,5 vH und erst 1928 wurden erstmals die berühmten 60 vH erreicht. In den USA und in Kanada liegt der Arbeitnehmeranteil gegenwärtig zwischen 66 und 70 vH, und der steigende Grad der Industrialisierung erfordert auch in der Bun-

desrepublik ein Loslösen von jenen 60 vH, die noch aus der ersten Zeit nach der Währungsreform stammen, als die Löhne dem alliierten Lohnstopp unterlagen, während Preise und Gewinne kurzfristig aller Beschränkungen ledig waren. War damals aus Gründen des Wiederaufbaus Zurückhaltung der Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen ein Gebot der wirtschaftlichen Notwendigkeit — und selbst die Bank deutscher Länder hat den Gewerkschaften seinerzeit ihre Haltung der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung bescheinigt —, so kann dieselbe Haltung nicht im Jahre 1961 gefordert werden. Für zwei so unterschiedliche Konjunkturlagen wie 1948 und 1961 kann unmöglich das gleiche lohnpolitische Konzept gelten!

Aber der Bundeswirtschaftsminister zieht sich auf die Binsenweisheit zurück, daß kein Volk mehr verbrauchen als erzeugen kann. In den uns doch sonst so gern als Vorbild dienenden Vereinigten Staaten von Amerika hat man bereits seit Jahren erkannt, daß jede hochindustrialisierte Wirtschaft viel eher dazu neigt, ihre pausenlose Produktion *nicht* verbrauchen zu können. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf das berühmte Buch des *Kennedy-Beraters Galbraith* „Gesellschaft im Überfluß“ verwiesen. Auch hier lohnt sich ein Blick auf die bundesdeutsche Investitions- und Verbrauchsstatistik, die folgendes Bild zeigt:

Verbrauch Investitionen
(in vH des Sozialprodukts)

1950	64,2	21,4
1954	59,3	26,6
1958	59,0	27,6
1959	59,1	28,3
1960	57,3	29,1

Auch dem nationalökonomischen Laien muß einleuchten, daß diese gegenläufige Entwicklung nicht auf die Dauer fortgesetzt werden kann. Ziel aller Wirtschaft kann letzten Endes nur der Verbrauch sein, und eine stetige Schrumpfung der Verbrauchsquote muß irgendwann zu einer Absatzkrise führen. 1961 hat die Zuwachsrate des Verbrauchs erstmalig die des Vorjahres um 1,1 Punkte übertroffen — und schon schlägt die Bundesregierung Alarm, während der empirische Konjunkturforscher diesen Vorgang als ‚Normalisierungsprozeß‘ begrüßt.

Aber auch Prof. Erhards Argument von der schwindenden Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt findet in der Statistik keine Stütze. Trotz der heiß umkämpften Aufwertung im Frühjahr 1961 weist die deutsche Handelsbilanz per 21. Dezember 1961 mit einem Überschuß von 6,6 Md. DM einen neuen Rekordsaldo aus. Hier liegen die wahren Gefahren für die Stabilität der Währung, Gefahren,

gegen die das Wirtschaftskabinett nichts zu unternehmen gewillt ist.“

„Sind das die Folgen der D-Mark-Aufwertung?“ fragt die Basler *National-Zeitung* (Nr. 147, 29. 3. 1962) in ihrem Kommentar zu Erhards Rede:

„Der Bundeswirtschaftsminister sprach von einem unverkennbaren Dahinschwinden der internationalen Wettbewerbskraft der westdeutschen Wirtschaft. Wem fiel da nicht ein, daß vor genau einem Jahr die Aufwertung der D-Mark um fast 5 vH beschlossen wurde, um die übermäßige Wettbewerbskraft der deutschen Wirtschaft zu verringern. Jetzt ist das Resultat dieser Bemühungen sichtbar geworden, und nun will der Bundeswirtschaftsminister nicht wahrhaben, wie sehr die Verschlechterung der Handelsbilanz mit dieser Aufwertung zusammenhängt. Wenn es ‚verflogene Illusionen‘ gibt — der Bundeswirtschaftsminister sprach davon im Zusammenhang mit der Schwierigkeit, steigende Kosten auf die Preise abzuwälzen —, dann gibt es heute auch verflogene Illusionen über Sinn und Nutzen der D-Mark-Aufwertung.“

Leider haben diejenigen recht behalten, die im März 1961 nach der D-Mark-Aufwertung ankündigten, es werde kaum ein Jahr vergehen und die Aufwerter würden ihren Schritt bereuen. Die Propheten haben sich etwas geirrt. Es hat nicht weniger als 12 Monate, sondern genau gerechnet noch einen halben Monat länger gedauert — aber das Erwachen ist jetzt da und Erhards Rede wirkt, so gesehen, als ein eiliger Versuch, den Schaden zu verwischen, den die Aufwertung angerichtet hat.“

Auch der *Volkswirt* (Nr. 15, 13. 4. 1962) spricht im redaktionellen Leitartikel von dem „verfehlten Drehen an der Wechselkurschraube vor einem Jahr“; der Verfasser, *Walter Trautmann*, sagt dann weiter u. a.:

„Die vielen fiskalischen Sünden der letzten Jahre wären wohl nur noch durch eine Austerity-Politik der öffentlichen Hand wieder einigermaßen wettzumachen.“

Nur mit tiefer Sorge hat man weiter beobachten müssen, daß gerade die autonome Politik dort die größten Triumphe zum Nachteil der billigeren Versorgung eines Industriestaates mit hohem weltwirtschaftlichem Verflechtungsgrad feiert, wo die Integration die Gasse für eine möglichst vorteilhafte Bedarfsdeckung bahnen soll: im Agrarsektor. Wie kann man den Wettbewerb zur tragenden Säule einer Wirtschaftsordnung machen wollen, wenn man einen integrationsfeindlichen Agrar-Protektionismus betreibt, der ständig die Lebenshaltungskosten steigen läßt? Auf dem weiten Feld der Staatspolitik wimmelt es von solchen Sünden gegen eine Stabilisierung.“

Alfons Montag, der Leiter des Wirtschaftsteils der *Frankfurter Rundschau* und bekannte Kommentator des Hessischen Rundfunks, setzt sich zunächst mit den verhängnisvollen psychologischen Folgen der unbedachten Rede Erhards auseinander und schreibt dann weiter (*Deutsche Post*, Nr. 7):

„Zu der psychologischen Ungeschicklichkeit, mit der sich der Vizekanzler präsentierte, kommt die sachlich falsche Kennzeichnung unserer wirtschaftlichen Lage hinzu. Wieso kann Erhard so tun, als ob wir vor einer Krisenständen? In Wahrheit bewegt sich die Konjunktur auf unverändert hohem Niveau, und das Ergebnis der Industrieproduktion im Februar hat dasjenige des gleichen Monats im Vorjahr nochmals um über 5 vH übertroffen. Dabei war der Februar recht ungünstig durch den hohen Ausfall von Arbeitsstunden infolge Schlechtwetter und Krankheit. Die Ausfuhr hat trotz der Aufwertung ihren hohen Stand gehalten, während die Einfuhr einmal durch die eingetretene Verbilligung zugenommen hat und zum anderen, weil in großem Umfang Rüstungsgüter im Ausland gekauft wurden. Ferner ist festzuhalten, daß die Arbeitslosigkeit so niedrig ist, wie noch nie zu dieser Jahreszeit; Arbeitskräfte fehlen, und die Stellenangebote übertreffen jetzt die des Vorjahres um etwa 10 vH.“

Im Ernst glaubt Erhard doch wohl selbst nicht, mit seinem Gerede die Lohnforderungen der Gewerkschaften beeinflussen zu können. Er hält durch seine Schwarzmalerei lediglich die Unternehmer davon ab, weiter zu investieren, und er gefährdet den der Wirtschaft innewohnenden Schwung. Schiefe Argumente können eine Vertrauenskrise auslösen und damit einen Konjunkturrückgang hervorrufen. Auf solche Weise kann die Zuversicht des Auslandes in die westdeutsche Wirtschaft untergraben und damit dem Ansehen der Bundesrepublik ein kaum wiedergutzumachender Schaden zugefügt werden.“

Wo es keine phantasievolle Opposition gibt...

In einem Aufsatz „Wirtschaftliche Prosperität und politische Stabilität“ (*National-Zeitung* Basel, Nr. 171, 12. 4. 1962) untersucht Prof. Dr. *Ralf Dahrendorf* die Frage, ob eine etwaige Unterbrechung der glückhaften wirtschaftlichen Entwicklung zu politischen Rückschlägen und zu einer Gefährdung der demokratischen Institutionen führen müßte. Er sagt dazu abschließend:

„Niemand hofft, daß die glückliche Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahrzehnts zu Ende geht. Sollte sie jedoch einer Phase der Stagnation oder des Rückschrittes weichen, so besteht darum im Hinblick auf die deutsche

Demokratie noch kein Grund zu Panik. Es mag sein, daß mit wirtschaftlichen Rückschlägen die Periode tendenziell konservativer Regierung, die ganz Europa seit Jahren beherrscht, durch eine Periode radikalerer Regierung abgelöst würde. Aber ein solcher Wandel könnte sich auch in Deutschland innerhalb des Systems parlamentarischer Demokratie vollziehen. Allerdings ist diese Hoffnung an eine Bedingung geknüpft: daß es eine Opposition gibt, die ihre alternative Politik für den Tag bereit hält, an dem sich viele Unzufriedene von der gegenwärtigen Regierungspartei abkehren. Wo es keine phantasiervolle Opposition gibt, gibt es nicht nur keine Demokratie, sondern dort besteht in der Tat die Gefahr, daß die Unzufriedenheit über das mögliche Ende der Prosperität für die extremen Gegner des repräsentativen Staates zu Buche schlägt.“

Gegen die Aushöhlung der Demokratie

Die *Frankfurter Hefte* haben in ihren Ausgaben vom März (S. 155 bis 163) und April 1962 (S. 244 bis 252) eine außerordentlich gründliche Untersuchung von Prof. Dr. *Wolfgang Abendroth* über die Frage veröffentlicht, ob „zusätzliche Notstandsermächtigungen“ notwendig seien. Überzeugend beweist der Verfasser; „Das Grundgesetz bietet der öffentlichen Gewalt diejenigen Eingriffsmöglichkeiten, deren sie bedarf, wenn durch innere oder durch außenpolitische Vorgänge eine das soziale Leben oder die verfassungsrechtliche Ordnung ernsthaft bedrohende Störung des gesellschaftlichen oder politischen Gleichgewichts sich zeigen sollte, und es verhindert gleichzeitig die Möglichkeit einer Machtkonzentration, die abermals die Freiheit der Bürger oder der sozialen Gruppen und das demokratische Verfassungssystem unmittelbar gefährden, sie möglicherweise im Extremfall — ein zweites Mal — beseitigen könnte.“ Es bedarf also, so legt *Abendroth* Punkt für Punkt schlüssig dar, „keiner Änderung oder Ergänzung des bestehenden Verfassungsrechts“. Weiter sagt er:

„Es ist stets gefährlich, die für eine Demokratie lebensnotwendige Identifizierung der Bürger mit der Verfassung in eine unkritische und undifferenzierte Identifizierung mit dem abstrakten Staat (als Apparat und Machtssystem) umzudeuten. Die Demokratie und ihr Rechtsnormen-System können sich nur durch lebendiges kritisches Bewußtsein der Bürger erhalten, die frei um ihre Meinungsverschiedenheiten ringen und dadurch die Machtapparate jeder Art kontrollieren und ihre Tendenz, sich zu befestigen, zurückdrängen.“

Wie *Abendroth* beweist auch Dr. *Fritz Opel* (*Der Gewerkschafter*, April 1962), daß die

oft zitierte Ablösung der Vorbehaltsrechte der ehemaligen Besatzungsmächte „keine neue Grundgesetzänderung erfordert“. Weiter zeigt er, „welche starken Kräfte innerhalb der Bundesregierung auf eine Änderung des Grundgesetzes im Sinne einer autoritären Aushöhlung hinwirken“. Demgegenüber unterstreicht *Opel*, „daß die gegenwärtige demokratische Struktur des Grundgesetzes gegenüber allen Versuchen, sie durch eine besondere Notstandsgesetzgebung aufzuweichen und zu verfälschen, entschlossen verteidigt werden muß“.

Interessantes Material über Einschränkungen der Freiheitsrechte in verschiedenen Staaten (Argentinien, Brasilien, Ghana, Kanada, Kolumbien, Malaiischer Bund) bietet das *Journal der Internationalen Juristen-Kommission* (Genf) in seiner neuesten Ausgabe (Band III, Nr. 2). In einem grundsätzlichen Aufsatz setzt sich einleitend der amerikanische Verfassungsrechtler Prof. *Harry E. Groves* mit den Problemen auseinander, die der Notstand für die Demokratie aufwirft, besonders im Kriegsfall. Dazu sagt *Groves* treffend: „Es klingt wie selbstverständlich, muß aber doch gesagt werden: wer heute die konstitutionelle Demokratie schützen will, kann dies nicht besser tun, als indem er den Krieg verhindert.“ Abschließend unterstreicht er die Gefahr, daß die Demokratie sich der Herrschaft des Rechts begeben und „sich der Herrschaft des Menschen ausliefern“ könnte: „Gerade die Herrschaft des Rechts aber gibt dem Begriff der konstitutionellen Demokratie erst seinen Gehalt.“

Wir sollten den heilsamen Schock wagen

Die *Deutsche Rundschau* schreibt in einer redaktionellen Betrachtung an der Spitze ihres Aprilheftes 1962 u. a.:

„Wenn es in den Wirtschaftsgebäuden schützen, ist immer die Versuchung nahe, daß sich das Friedensgesicht in das Kriegsgesicht wandelt, besonders, wenn so wie heute, die Minen schon gelegt sind; wenn mit der Wiederaufnahme der Atombombenversuche in der Atmosphäre die Gefahr und die unheilbaren Schäden wiederum vermehrt werden.“

Gegen diese bedrohliche Entmenschung des Menschen wendet sich noch einmal der unermüdliche Friedensnobelpreisträger *Albert Schweitzer* mit einem Aufruf in der Zeitschrift *Das Gewissen*, mit 27 anderen Unterzeichnern; unter ihnen *Robert Jungk*, *Erich Kästner*, Kirchenpräsident *Niemöller*, Nobelpreisträger *Linus Pauling*, Lord *Russell* und Oberbürgermeister i. R. *Scholl*.

Wir Deutsche stehen, in zwei Lager getrennt, als feindliche Brüder an der vorder-

sten Front. Tag und Nacht, Stunde um Stunde zieht sich mit Bild und Wort durch den Äther der nicht mehr kalt, sondern schon eher lau zu nennende Bruderkrieg; als hätten wir nichts Gemeinsames mehr; als könnte nur im allgemeinen Selbstmord die Rettung Deutdilands noch beschlossen liegen; im blind und verstockt Miteinanderbrechen statt im Miteinandersprechen, wo immer nur sich ein Ansatz dazu bietet.

Wir sollten den heilsamen Schock und Schrecken wagen, miteinander zu reden, als Brüder, die nicht freiwillig in diese getrennten Lager geraten sind. Es könnte geschehen, daß sonst die, die diese für die ganze Welt so unheilswangere Situation bewirkt oder mitbewirkt, verschuldet oder mitverschuldet haben, das Gespräch über unsere Köpfe hinweg beginnen; einfach um sich und der Welt das Überleben zu sichern.“

W. F.